

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

A 1

Prolet, greif zu!

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Männer und Frauen! Werktätige in Stadt und Land!

Bei der Präsidentenwahl am 10. April haben von 36 Millionen Wählern 19,3 Millionen den kaiserlichen Generalfeldmarschall Hindenburg zum Präsidenten der Republik gewählt, 13,4 Millionen wurden für den Faschisten Hitler abgegeben. Der einzige Arbeiterkandidat Thälmann hat an diesem Tag nur noch 3,7 Millionen Stimmen erhalten.

Das in einer Zeit, wo mehr als 6 Millionen Erwerbslose amtlich gezählt werden, wo Schlag auf Schlag gegen die Arbeiterklasse geführt wird, und wo jeder Tag deutlicher erweist, daß das kapitalistische System in seiner Grundlage erschüttert ist.

Dieser Ausgang der Präsidentenwahl offenbart den ganzen Jammer der deutschen Arbeiterbewegung

und demonstriert, wohin die deutsche Arbeiterklasse dank der sozialdemokratischen Koalitions- und Tolerierungspolitik und dank der katastrophalen Politik der KPD gekommen ist. Die ganze Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung zeigt, wie dringend notwendig es war, daß sich die kritischen und tatkräftigen Arbeiter aus der SPD und KPD gemeinsam mit jenen, die bisher, enttäuscht von der Politik dieser Parteien, abseits standen, zur Sozialistischen Arbeiter-Partei zusammenschlossen.

Die Sozialistische Arbeiter-Partei will die Zerrissenheit und Ohnmacht der deutschen Arbeiterklasse überwinden.

Zehntausende haben sich bereits organisatorisch der S.A.P. angeschlossen, Hunderttausende sympathisieren mit dem Willen und den Zielen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Das aber genügt noch nicht. Millionen müssen mit uns marschieren, damit es gelingt, bessere Verhältnisse in der deutschen Arbeiterbewegung zu schaffen und die Interessen des Proletariats gegen alle Widerstände durchzusetzen.

Die gegenwärtigen Kämpfe um die Zusammensetzung der Landesparlamente sind für uns eine erwünschte Gelegenheit, die breiten Massen mit unseren Absichten vertraut zu machen und für die Ziele der S.A.P. zu gewinnen.

Die Hindenburgwahlen haben vor der Präsidentenwahl verkündet, daß mit der Wahl Hindenburgs der Faschismus geschlagen und die Bahn freigemacht werde zur Ueberwindung der Krise. Hindenburg ist gewählt!

Kann einer von euch im Ernst erhoffen, daß es infolge der Wiederwahl Hindenburgs besser werden wird? Kann überhaupt jemand, der über die Ursachen all der Not nachgedacht hat, noch glauben, daß durch ohnmächtige Parlamente Wandel geschaffen werden kann?

Die Widersprüche des kapitalistischen Systems verschärfen sich immer mehr. Es ist nur noch aufrecht zu erhalten durch unausgesetzte verschärfte Ausbeutung der Werktätigen in Stadt und Land.

Um jeden Widerstand der Ausgeplünderten und Ausgehungen zu brechen, müssen die Hüter der gegenwärtigen „Ordnung“ die parlamentarisch demokratischen Herrschaftsmethoden immer mehr ersetzen durch

die offene, unverhüllte Diktatur.

Alle Mittel, die von kapitalistischer Seite zur Behebung der Krise angewandt werden, haben nur zur Verschärfung der Krise beigetragen.

Ihr müßt euch klar sein, daß jeder Versuch, auf kapitalistischer Basis über die Krise hinwegzukommen, nur auf eure Kosten, nur um den Preis gesteigerter Ausbeutung, weiterer Lohn- und Gehaltskürzung, Drosselung aller sozialpolitischen Leistungen, erhöhter Steuerlasten unternommen werden kann.

Zunehmende Arbeitslosigkeit, fortschreitende Verelendung, wachsende Kriegsgefahr, neues Massenmorden, das sind auf jeden Fall die unausbleiblichen Folgen des kapitalistischen Niedergangs.

Die Zeit ist überreif für den Sozialismus!

Der technische Fortschritt ist im niedergehenden Kapitalismus zum Fluch für die Menschheit geworden. Nur die sozia-

listische Planwirtschaft, deren gewaltige Ueberlegenheit in Sowjetrußland jeder Tag aufs neue demonstriert, kann den Wahnsinn aus der Welt schaffen, daß Ueberfluß die Quelle unsagbarer Not bildet. Sozialistische Planwirtschaft hat aber zur unerläßlichen Voraussetzung, daß die Produktionsmittel dem bankrotten Kapitalismus entrissen und in den Besitz der Gesellschaft übergeführt werden. Das wiederum setzt die Eroberung der politischen Macht, d. h.

die Diktatur des Proletariats

voraus. Zur Lösung dieser geschichtlichen Aufgabe ist allein die Arbeiterklasse im Bunde mit allen Ausgebeuteten und Unterdrückten berufen.

Statt einer alles überragenden Massenbewegung zum Sozialismus sehen wir jedoch in ganz Deutschland ein beispielloses Anwachsen des Faschismus. Unter dem Schlachtruf „Wider den Marxismus! — Nieder mit dem System!“ sammelt der Faschismus den geschundenen Mittelstand, entwurzelte Existenzen, Offiziere, Prinzen und deklassierte Proletarier unter seine Fahne. Die verelendeten Mittelständler und genasführten Proletarier sollen dem Monopolkapital als Peitsche gegen die Arbeiterklasse dienen. Mit den faschistischen Banden und dem faschistischen Söldnerheer soll die Arbeiterklasse niedergeschlagen, sollen ihre Organisationen zertrümmert werden.

Die große, stolze und noch immer mächtige deutsche Arbeiterbewegung ist in Lebensgefahr!

Wie konnte es soweit kommen?

Die Stunde verlangt gebieterisch von jedem von Euch, daß er sich über diese Frage klar Rechenschaft gibt!

Die Hauptschuld trifft die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer. Sie betrachten den kapitalistischen Staat als ihren Staat und deshalb sind sie stets bereit, die zu seiner Aufrechterhaltung unvermeidliche arbeitfeindliche Politik zu unterstützen oder sie zu tolerieren. Auf Gedeih und Verderb mit dem kapitalistischen Staat verbunden, in unentwegter Koalition mit der Brüning-Regierung haben die sozialdemokratischen Führer den unerhörtesten Lohnraub und die Verkümmern grundlegender sozialer Rechte ohne Gegenwehr hingenommen und vielfach direkt unterstützt.

Und darum haben es die Nazis leicht, die Wut der Opfer des niederbrechenden Kapitalismus gegen die Sozialdemokratie und gegen die organisierte Arbeiterbewegung zu richten.

Hat so die klassenverräterische Politik der SPD das Wachstum des Faschismus begünstigt, so profitiert dieser andererseits auch von der

falschen Politik der KPD.

Mit der Sabotage der Einheitsfront, mit dem spalterischen RGO-Kurs, mit dem kleinbürgerlichen Nationalismus hat die KPD-Führung nicht nur das Ansehen des Kommunismus herabgesetzt, sie hat dadurch auch zur Aktionsunfähigkeit der Arbeiterklasse beigetragen und es somit ermöglicht, daß Hunderttausende, ja Millionen eine Beute faschistischer Demagogie wurden.

Vor der ganzen Arbeiterklasse klagen wir die sozialdemokratische und kommunistische Parteiführung an, daß sie beide, wenn auch aus entgegengesetzten Beweggründen, zu dem außerordentlichen Wachstum des Faschismus beigetragen und die weitgehende Aktionsunfähigkeit der Arbeiterklasse verschuldet haben.

Der jetzige Zustand ist unerträglich und muß schleunigst geändert werden. Ungeheuer sind die Gefahren, die die Arbeiterklasse bedrohen. Aber noch ist die Kraft der Arbeiterklasse nicht gebrochen. Noch kann sie kämpfen, wenn sie nur will! Und wenn sie will, ist sie stark genug, alle Feinde zu zwingen. Willenlos, zersplittert und schwach aber wird die Arbeiterklasse das Opfer des Faschismus werden, und ihre heutige Schwäche mit tiefem Elend und völliger Versklavung büßen.

Die Sozialistische Arbeiterpartei betrachtet es als ihre dringlichste Aufgabe,

die Aktionsfähigkeit und die Einheitlichkeit der Arbeiterklasse wiederherzustellen und sie zum Kampf gegen den Faschismus und für den Sozialismus zu führen.

Die Sozialistische Arbeiterpartei wird alles tun, um die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen ihre gemeinsamen Feinde zusammenzubringen.

Die Sozialistische Arbeiterpartei hält es in den gegenwärtigen Wahlkämpfen für ihre Pflicht, die Massen aufzurufen

zum Kampfe für die Abwehr der Unternehmeroffensive,

für die Wiederherstellung der Erwerbslosenversicherung und

für die Ausdehnung der Unterstützungspflicht auf die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit,

für die Sicherung des Existenzminimums aller Arbeitslosen,

für planmäßige Arbeitsbeschaffung, für die Arbeiterkontrolle der Produktion.

Die Schlachten, die das Proletariat in naher Zukunft schlagen muß, werden nicht im Parlament ausgetragen. Dennoch darf keine einzige Stimme eines klassenbewußten Arbeiters verloren gehen. Die Stimmabgabe für die Liste der Sozialistischen Arbeiter-Partei ist eine Demonstration

für die Aufrichtung der proletarischen Einheitsfront ist der Ausdruck des Willens, die außerparlamentarische Kampffront des Proletariats aufzurichten!

Nur die einheitliche proletarische Klassenfront verbürgt der Arbeiterklasse den Sieg. Unter den Parolen

gegen jede Koalition mit dem Bürgertum;

gegen die Diktatur Hindenburg-Brüning-Groener;

gegen die verlogene Losung vom „Dritten Reich“;

für die Aufhebung aller Notverordnungen;

für die Wiederherstellung der Presse-, Versammlungs-, Demonstrations- und Koalitionsfreiheit der Arbeiterklasse;

gegen den faschistischen Terror;

gilt es in diesem Wahlkampf die außerparlamentarische Klassenfront des Proletariats zu formieren.

Ministersessel sind keine proletarischen Machtpositionen.

Wer sich dazu hergibt, als Minister im kapitalistischen Staate zu fungieren, der muß notwendigerweise bei der Ausplünderung der breiten Massen und ihrer Niederknüppelung Beihilfe leisten.

Das zeigen die Taten der Braun und Severing in Preußen. Sie haben nicht nur die Notverordnungs- und Brüning'sche Politik unterstützt;

sie haben trotz ihrer parlamentarischen Mehrheit in Preußen mit eigenen Notverordnungen gegen die Arbeiterklasse regiert;

sie haben die kommunale Selbstverwaltung vernichtet, sie haben damit den Arbeitervertretern in den Gemeinden die Erfüllung sozialer Aufgaben unmöglich gemacht;

sie haben zum Schaden der proletarischen Massen die ostelbischen Junker, mehr denn je, als die einzigen Junkerregierung, und die haben sich davon sogar noch gerühmt;

sie haben zugunsten der Junker die Preußen-Politik auf disidentischen Lehren im Gegensatz zu der Einheitsfront unterbunden;

sie haben nicht einmal die Forderung der Einheitsfront-Politik zu unterstützen, sondern die Einheitsfront-Politik der Klassen- und Berufsgruppen im Land gegen sich zu erheben, die Einheitsfront-Politik gegen die Arbeiterklasse aufzulösen, die Einheitsfront-Politik gegen die Arbeiterklasse zu unterbinden;

sie haben nicht einmal die Forderung der Einheitsfront-Politik zu unterstützen, sondern die Einheitsfront-Politik der Klassen- und Berufsgruppen im Land gegen sich zu erheben, die Einheitsfront-Politik gegen die Arbeiterklasse aufzulösen, die Einheitsfront-Politik gegen die Arbeiterklasse zu unterbinden;

sie haben nicht einmal die Forderung der Einheitsfront-Politik zu unterstützen, sondern die Einheitsfront-Politik der Klassen- und Berufsgruppen im Land gegen sich zu erheben, die Einheitsfront-Politik gegen die Arbeiterklasse aufzulösen, die Einheitsfront-Politik gegen die Arbeiterklasse zu unterbinden;

sie haben nicht einmal die Forderung der Einheitsfront-Politik zu unterstützen, sondern die Einheitsfront-Politik der Klassen- und Berufsgruppen im Land gegen sich zu erheben, die Einheitsfront-Politik gegen die Arbeiterklasse aufzulösen, die Einheitsfront-Politik gegen die Arbeiterklasse zu unterbinden;

sie haben nicht einmal die Forderung der Einheitsfront-Politik zu unterstützen, sondern die Einheitsfront-Politik der Klassen- und Berufsgruppen im Land gegen sich zu erheben, die Einheitsfront-Politik gegen die Arbeiterklasse aufzulösen, die Einheitsfront-Politik gegen die Arbeiterklasse zu unterbinden;

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein!

Die Sozialistische Arbeiter-Partei ruft die Werktätigen in Stadt und Land auf zum schärfsten Kampf gegen alle Regierungen, die sich die Erhaltung des bürgerlichen Staates zur Aufgabe stellen. Die Sozialistische Arbeiter-Partei ruft auf zum **Kampf für eine Arbeiterregierung,** die sich stützen muß auf die außerparlamentarischen Klassenorgane des Proletariats.

Prolet, greif zu!

Von Dir allein hängt die Niederwerfung des Faschismus, die Überwindung des Kapitalismus und die Verwirklichung des Sozialismus ab!

Schart Euch um die Sozialistische Arbeiter-Partei, die Wegbereiterin der proletarischen Einheitsfront! Bildet die neue Kampffront des Proletariats! Reiht Euch ein!

Jede Stimme für die Kandidaten der Sozialistischen Arbeiter-Partei!

Die Niederlage des Proletariats

11. April 1932.

Das Ergebnis des zweiten Präsidentschaftswahlganges ist mehr noch als das des ersten eine katastrophale Niederlage des revolutionären Proletariats. Das klar zu sehen und rückhaltlos auszusprechen, ist die erste Pflicht. Die Politik der Sozialdemokratie hat Millionen von Proletariern dem Generalfeldmarschall des Weltkrieges und der Regierung der Notverordnungen und der Unterdrückung in die Arme getrieben. Die Politik der Kommunistischen Partei hat nicht verstanden, die wachsende Massenempörung als wirksamen politischen Faktor einzusetzen. Desorganisierung in den eigenen Reihen, das Ueberlaufen zehntausender kommunistischer Wähler zu Hitler sind das Ergebnis. An anderer Stelle unseres Blattes wird die Wirkung der Politik dieser beiden Parteien, denen heute noch Millionen von Proletariern Gesellschaft leisten, an Hand des Wahlergebnisses untersucht. Hier soll nur das Ergebnis festgestellt und die politischen Schlüsse gezogen werden.

Hindenburg ist gewählt. Die Diktaturregierung, die Regierung des sozialen Abbaus, hat ein für die proletarische Sache erschütterndes Vertrauensvotum erhalten. Es kann keine Frage sein, wie sie dieses Votum ausnutzen wird: Sie wird rücksichtsloser und brutaler noch als bisher zugunsten des Profits der Ausbeuter des Lebensniveau der Arbeiterklasse herunterdrücken, die politischen Rechte des Proletariats verkümmern. Und wenn sie noch vierzehn Tage verstreichen läßt, bis ihre neuen Angriffe auf das Proletariat einsetzen, wenn sie noch die Preußenwahl abwarten wird, so wird sie nach dem 24. April um so brutaler und rücksichtsloser gegen das Proletariat vorgehen. Schon kommen die ersten Nachrichten über neue geplante Notverordnungen an die Öffentlichkeit.

Ein Abbau der Bauarbeiterlöhne scheint die neue allgemeine Lohnabbauwelle einleiten zu sollen.

Man wird dementieren und leugnen bis zum 24. April — und nach dem 24. April wird man handeln, werden die Proletarier, die sich durch ihre Organisationen, die einmal klassenkämpferisch waren, in die Generals- und Ausbeuterfront einspannen ließen, die Quittung für die Hindenburgwahl erhalten.

Das ist die eine Seite des Wahlergebnisses vom Sonntag. Die andere Seite aber — nicht minder wichtig als die erste — ist die:

der Nationalsozialismus hat eine neue, unerhörte Stärkung erfahren.

Von einem „Sieg über Hitler“ zu sprechen, grenzt an politische Idiotie, wo es dieser Bewegung gelang, in einhalb Jahren ihre Stimmziffer in Deutschland zu verdoppeln und in weiteren vier Wochen noch mehr als zwei Millionen weitere Wähler um sich zu scharen — in vier Wochen, von denen drei durch den Osterfrieden fast für jede politische Propaganda größeren Stils lahmgelegt waren. Der gewaltige Kraftzuwachs des deutschen Faschismus wird sich bald auch in der Politik der Regierung immer deutlicher ausdrücken, um so ausgeprägter, wenn in den Preußenwahlen sich zeigen wird, daß die Hindenburgstimmen keineswegs etwa restlos Stimmen für die Brüningische Parteienkoalition sind.

Schon bisher war es Brüning's Taktik, den Faschisten „den Wind aus den Segeln zu nehmen“, indem er ihre politischen Forderungen — wir erinnern nur an die fast restlose Beseitigung der demokratisch-parlamentarischen Vollrechte — von sich aus realisierte. Daß er damit in Wirklichkeit den Faschisten den Weg ebnete, ist eine Tatsache, die sie trotz dem stark und stärker wurden, wird ihn nicht abhalten können, immer weiter entgegenzukommen. Er wird das tun müssen, weil das Klasseninteresse der Großbourgeoisie, je länger desto mehr, den Kurs erfordert, den Adolf Hitler auf dem Parole geschrieben hat. Und die Sozialdemokratie auch weiterhin diesem Kurs geschickt, sondern geklärt werden. Die engen Beziehungen vom Reichswehrministerium zum Reichspräsidenten, die die Frau Hildegard Brüning-Groener geknüpft hat, die Freundschaft des nationalsozialistischen Auftretens...

...tens wird sich zweifellos in der nächsten Zeit erheblich steigern, der Widerstand der Behörden dagegen — schon jetzt kaum noch nennenswert — weiter dahinschmelzen. Man wird bald die Stunde an den Fingern abzählen können, in der der faschistische Terrorkurs Herrn Brüning über den Kopf wächst, in der Herr Hindenburg die Vertreter des Nationalsozialismus in die Regierung rufen wird — derselbe Hindenburg, den die sozialdemokratischen Proletarier jetzt wählen, um den Faschismus nicht ans Ruder zu lassen!

Die kommunistische Politik hat in den eigenen Reihen Panik erzeugt. Das revolutionäre Proletariat aber muß wissen, daß es in keiner Stunde sich selbst aufgeben darf. Größer und größer aber wird

die Aufgabe der Sozialistischen Arbeiter-Partei.

Unsere Funktionäre müssen sich jetzt an die Spitze der revolutionären Arbeiter im ganzen Lande stellen. Wir müssen der von Sozialdemokratie und KPD gemeinsam erzeugten Desorganisation des revolutionären Proletariats uns entgegenstellen. Unsere Aufgaben verdoppeln sich jetzt mit jedem Tage. Die erste Schlacht, die wir zu schlagen haben, werden die Länderwahlen des 24. April sein. Wir dürfen sie nicht sehen unter parlamentarischen Gesichtspunkten, unter dem Gesichtspunkt des

bloßen Stimmengangs und der Mandate. Wir müssen nüchtern und klar sehen, daß dank der Politik von SPD und KPD die Wirkungsmöglichkeiten für das revolutionäre Proletariat gewaltig eingeengt sind. Wir müssen die Aufgabe dieser Wahlen darin sehen, diesen engen Rahmen mit aller Kraft und in stürmischem Tempo zu verbreitern. Wir müssen die Aufgabe dieser Wahlen darin sehen,

der proletarischen Massenmobilisierung den ersten entscheidenden Auftakt zu geben.

Verzehnfachen wir unsere Kraft! Leisten wir mit 57.000 Proletariern die Arbeit einer 570.000-Organisation. Leisten wir diese Arbeit im Sinne der Massenmobilisierung im Kampf gegen die Not, die jeder Tag von neuem und drückender über das Proletariat verhängt. Leisten wir diese Arbeit — dann werden wir, auch wenn keine imponierenden Zahlen die Erfolge uns am 24. April künden werden, unsere große Aufgabe erfüllen:

Planiere der Revolution zu sein!
Die Stunde reift. Es gilt, uns selbst zu schulen im Kampfe. Es gilt, die Massen zu schulen durch den Kampf, daß die Kraft da ist, die — wenn der Unfähigkeit von SPD und KPD das Steuer entgleitet — das Steuer der Revolution mit fester Hand ergreift!

Umbildung der Regierung?

b. j. Berlin, 11. April 1932.

Die Telegraphen-Union meldet, daß entweder sofort oder in absehbarer Zeit der Reichskanzler dem neugewählten Reichspräsidenten von Hindenburg die Demission seines Kabinetts überreichen werde. Das schwerindustrielle Nachrichtenbüro erklärt dazu, daß diese Demission nicht nur formalen Charakter tragen werde, sondern daß ohne jeden Zweifel mindestens die Neubesetzung der beiden Ministerien des Innern und des Aeußeren, die bisher vom Reichswehrminister und vom Reichskanzler mit wahrgenommen wurden, erfolgen werde. Für das Innenministerium wird der als Professorenkommissioner verunglückte Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler von der TU genannt, für das Außenministerium der bisherige Staatssekretär Herr Ernst Bernhard von Bülow. Nach unseren Informationen trifft zwar so, daß

das Reichskabinet in absehbarer Zeit umgebildet werden wird; nicht aber trifft zu, daß für das Innenministerium Herr Goerdeler und für das Außenministerium Herr von Bülow in Frage kommt.

Von Herrn Goerdeler erraten sogenannte republikanische Kreise, daß er, was Herr Groener niemals tun würde, die Auflösung der SA — der Hitlerschen Privatarmee — zugehen würde, die Severing, die bayerische Staatsregierung und andere Regierungen deutscher Länder fordern. Wir erfahren jedoch, daß Goerdeler keineswegs glänzende Aussichten für die Ernennung zum Reichsinnenminister hat und daß vielmehr solche Aussichten dem früheren Reichswehrminister Dr. Otto Geßler

zugewilligt werden müßten, der seit langem bereit steht, die Angliederung des preußischen Verwaltungsapparates an das Reich

durchzuführen. Für das Außenministerium werden als bevorzugte Kandidaten genannt der deutsche Botschafter in Angora, jetzt Führer der deutschen Delegation zur Abrüstungskonferenz in Genf, Nadolny, ferner der dem Reichspräsidenten persönlich nahestehende Gesandte in Madrid, Graf Welczek, und vor allen Dingen der schon früher für diesen Posten genannte Schwiegersohn des verstorbenen Großadmirals von Tirpitz, Ulrich von Hassell, der jetzt als Nachfolger des verstorbenen Köster Gesandter in Belgrad ist.

Ueber diese beiden wahrscheinlich erfolgenden Veränderungen hinaus muß man aber jetzt noch mit neuen Personalveränderungen im Reichskabinet rechnen. Zwischen dem Reichsminister der Finanzen Dr. Dietrich und dem Reichswirtschaftsminister Professor Warmboldt, dem Vertreter der I. G. Farbenindustrie im Kabinet, sind seit langer Zeit erhebliche Differenzen ausgetragen worden. Sie gingen zurück auf den Erlaß der Notverordnung vom 8. Dezember 1932. Damals hat Dietrich, nachdem er sich der Zustimmung der Finanzminister der deutschen Länder versichert hatte, in den Entwurf der Notverordnung

die Erhöhung der Umsatzsteuer selbsttätig hineingeschrieben. Warmboldt hat scharf gegen diese Maßnahme protestiert, ohne sie jedoch verhindern zu können. Die Konsequenz davon zog er mit der Verweigerung seiner Gegenzzeichnung, so daß diese Notverordnung im Gegensatz zu allen früheren, die stets von allen Kabinettsmitgliedern gegengezeichnet waren, nur die Gegenzzeichnung des Reichskanzlers und des Reichswehr- und Reichsinnenministers Groener trug.

In neuerer Zeit hat Warmboldt dem Reichsfinanzminister er besondere Umstand zum Vorwurf gemacht, daß Dr. Dietrich in seiner etwas leichtsinnigen Art den Herren Herbert M. Gutmann und Jacob Goldschmidt den Eintritt in das Direktorium der umgegründeten Dresdner Bank für eine Zeit nach der Absolvierung der Preußenwahlen fest versprochen hat. Dieses Versprechen betrachtet Warmboldt als unmöglich, und er hat alles versucht, um seine Erfüllung durch die Reichsregierung zu hintertreiben. Bisher erfolglos.

Schließlich haben die alten Differenzen zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsarbeitminister diesen und anderen Mitgliedern der Reichsregierung den Gedanken nahegebracht, daß Herr Stegerwald, an dessen Widerstand die völlige Aufhebung des Tarifsrechts bisher gescheitert ist, nach den Preußenwahlen für den Fall, daß sich die Unmöglichkeit einer Regierungsbildung nach Mehrheitsgrundsätzen erweisen sollte, als Reichskommissar nach Preußen abgegeben werden könnte.

Alle diese Differenzen drängen nunmehr zu einer Austragung. Noch läßt sich heute nicht mit Gewißheit sagen, in welcher Form diese Differenzen zur Veränderung des Mitgliederbestandes der Reichsregierung führen werden. Das eine erscheint sicher: die Reichsregierung wird in absehbarer Zeit eine erhebliche Veränderung erfahren.

Das amtliche Wahlergebnis

Berlin, 10. April 1932.

Das vorläufige amtliche Endergebnis (in Klammern die Ziffern vom 13. März) der Reichspräsidentenwahl lautet:

Hindenburg	19 359 643 (18 661 736)
Duesterberg	— (2 557 876)
Hitler	13 417 460 (11 338 571)
Thälmann	3 706 388 (4 982 079)
Zersplitterte Stimmen	8 204
Summe der abgegebenen Stimmen	36 491 694 (37 660 677),

das sind 83 Proz. Wahlbeteiligung (86,2 Proz.).

Hindenburgs Dank

Notverordnung mit Lohnabbau in Sicht

Braunschweig, 9. April 1932.

Die „Braunschweigische Landeszeitung“ schreibt, daß sie in der Lage sei, auf Grund eines Aktenstückes zu beweisen, daß in Berliner Regierungskreisen der Erlaß neuer Notverordnungen erwogen werde. Am 24. März habe die Geschäftsstelle des Landesverbandes der Braunschweigischen Bauarbeitgeberverbände ein Rundschreiben an ihre Mitglieder versandt, das auf ein Schreiben des Reichsarbeitsministers Stegerwald Bezug nehme und dessen einleitende Sätze lautet: Es sei leider zutreffend, daß das Baugewerbe durch die lohnpolitischen Bestimmungen der Notverordnungen nicht genügend berücksichtigt sei und er sehe es daher wohl ein, daß in den Arbeitsbereichen des Baugewerbes ein lebhaftes Bedürfnis bestehe, bald eine Neuregelung der Löhne herbeizuführen. Diesen Zweck könne man natürlich nur im Wege einer neuen, auf das Baugewerbe beschränkten Notverordnung erreichen.

Brüning bleibt

Berlin, 11. April 1932.

Der Reichskanzler bot bei seinem heutigen Vortrag dem Reichspräsidenten von Hindenburg entsprechend der Gepflogenheit aus Anlaß der Wiederwahl des Reichspräsidenten den Rücktritt des Kabinetts an. Reichspräsident von Hindenburg ersuchte den Reichskanzler, von diesem Rücktritt abzusehen.

Das dicke Ende kommt nach

Berlin, 11. April 1932.

Das Reichskabinet wird sich morgen und übermorgen mit den Vorbereitungen für den neuen Reichshaushalt befassen. An den Beratungen nimmt auch Reichskanzler Brüning teil.

Wie Preußen wählte

Berlin, 11. April 1932

In den preußischen Wahlkreisen wurden bei der Reichspräsidentenwahl am 10. April (in Klammern die Ergebnisse vom 18. März) folgende Stimmen abgegeben:

Hindenburg	11 830 204 (11 022 089)
Duesterberg	— (1 825 158)
Hitler	8 625 832 (6 844 854)
Thälmann	2 211 197 (3 724 687)

Soweit man aus der Präsidentenwahl einen Schluß auf die Landtagswahl ziehen kann, ergibt sich das gleiche Bild wie beim ersten Wahlgang: die Preußenkoalition wird in eine hoffnungslose Minderheit gedrängt werden.

Bayern wählte so:

München, 10. April 1932.

In den vier bayerischen Reichstagswahlkreisen wurden bei den Reichspräsidentenwahlen folgende Stimmen abgegeben. (In Klammern das Ergebnis vom 18. März):

Hindenburg	2 627 708 (2 645 116)
Duesterberg	— (113 248)
Hitler	1 364 375 (1 270 147)
Thälmann	226 669 (311 248)

Zweieinhalb Jahre Festung für Scheringer

Leipzig, 11. April 1932.

Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten verkündete im Scheringer-Prozeß folgendes Urteil:

Der Angeklagte Leutnant a. D. Scheringer ist wegen fortgesetzten Verbrechens der Vorbereitung des Hochverrats in Tateinheit mit fortgesetztem Vergehen gegen § 4, Absatz 1 des Republikschutzgesetzes zu zwei Jahren sechs Monaten Festungshaft verurteilt. Sechs Monate der Untersuchungshaft werden angerechnet.

Die lange Reihe der Klassenurteile ist also um ein weiteres empörendes Urteil vermehrt worden.

In USA ohne Vaterland

Vor dem Kriege waren der Abnehmer für den europäischen Menschenüberschuß in erster Linie die Vereinigten Staaten von Amerika. Damals saß der sentimentale Dichter am Hamburger Hafenkai: „Ich kann den Blick nicht von euch wenden...“ Heute liegen allein im Hamburger Hafen 700 000 t Schiffsraum brach, Hunderttausende von Matrosen sind in allen Häfen der Welt abgehurt. Die USA verschließen ihr Land, in New York wird Jagd gemacht auf Arbeitslose, die dann zur Deportation nach ihrem Heimatlande verdammt werden.

„Das freieste Land der Welt.“ Ernst Toller fand, daß die Freiheitsstatue, das Wahrzeichen New Yorks, eine Dornenkrone trüge. Sie trägt sie für unsere schwarzen und weißen Klassenlosen und Arbeitsrüder (ohne Arbeit), die im Sing-Sing schmachten, die Landstraßen bevölkern, in Gassen nächtigen, von der Polizei wie Vieh aufgeschucht, blutig geschlagen, gelyncht und elektrisch verbrannt werden.

Eine geringe Zahl von Europäern wird jährlich noch zur Auswanderung nach USA zugelassen. Nicht ohne daß gewisse, einschneidende Bedingungen erfüllt werden müßten. Es darf sich nur um Angehörige „hochwertiger“ Rassen handeln; Polen, Russen und Balkanbewohner sind grundsätzlich ausgeschlossen. Die Auswanderer müssen Vermögen haben. Sie müssen im Besitz einer von wohlhabenden USA-Bürgern ausgestellten Bürgerschaft sein. Sie müssen kerngesund sein und sich deshalb einer Untersuchung durch einen amerikanischen Regierungsarzt unterziehen. Sie müssen eidesstattlich erklären, daß sie „nicht dem Unsturz huldigen“, weder Kommunisten noch Anarchisten sind, noch etwas gegen die amerikanische Regierung zu tun gedenken. Sie dürfen keine Unzucht treiben, und alles vermeiden, was darauf schließen lassen könnte, daß sie außerordentlichem Geschlechtsverkehr mitunter nicht abgeneigt sind.

Mit anderen Worten: eine Einwanderung in die USA ist für den Arbeiter vollkommen unmöglich.

In seinem „Quer durch“ berichtet Toller von einem englischen Ingenieur, der besuchsweise zu einem Kongreß nach Amerika mit seiner Verlobten fuhr. In getrennten Kabinen selbstverständlich. Irgendeine sexualneidische Jungfrau männlichen oder weiblichen Geschlechts hatte dem Immigrant-Officer einen Wink gegeben. Der Ingenieur und seine Braut haben den Boden des „freiesten Landes der Welt“ nie betreten.

In den Büros der Schiffahrtsgesellschaften tauchen immer wieder professionelle Globetrotter auf, die die rigorosen Einwanderungsbestimmungen glauben umgehen zu können. Sie machen den Umweg über Kanada und gelangen auf dem Landwege nach den Vereinigten Staaten. Doch darfst du den geheiligten kanadischen Boden nur als garantiert frommer Christ betreten. Die Pfaffen beherrschen das Land. Deine Würdigkeit hängt vom Taufschein und pastorale. Siegel ab.

Oder du gehst als Visitor nach USA. Allerdings benötigst du dann eine Besuchsbürgerschaft, die dir reiche Verwandte ausstellen müssen. Dein Besuchvisum läuft nach einem halben Jahre ab. Bei der Einwanderungs-

behörde mußt du als Kautions 10 000 Dollar deponieren, mußt außerdem schon vor der Heimfahrt deine Rückfahrkarte vorzeigen.

Halten dich diese Bestimmungen von deinem Vorhaben nicht ab, bleibst du nach Ablauf des dir zugestandenen halben Jahres drüben, dann kannst du ehrliche Geschäfte natürlich betreiben, etwa deinem Nebemann eine Million Dollar abjagen, ohne daß man dir ein Haar krümmt: du darfst nur niemals mit dem Policeman in Konflikt kommen, du darfst nicht arbeitslos werden, nicht unter Brücken schlafen, kein Brot betteln, keine kommunistische Hetzrede halten, nicht über den Hunger im „freiesten Lande der Welt“ klagen. Wehe dir, du wirst das Opfer einer Razzia, oder man erwischt dich als Teilnehmer an einer Erwerbslosendemonstration.

Dann deportiert man dich unverzüglich in deine Heimat, wenn du eine Heimat hast, natürlich!

Die Agenten des New Yorker „Arbeitsamtes“, die täglich in den Fremdenvierteln auf Jagd gehen und auf jeden eingetriebenen, deportierbaren Ausländer eine Sonderprämie bekommen, machen dieser Tage eine sonderbare Beute. Sie fingen einen Menschen namens Harry Stevenson. Er ist vor dem Kriege in Elsaß-Lothringen geboren und Sohn einer norwegischen Mutter. Sein Vater war Kanadier. Nach seiner Auswanderung nach USA, hielt Stevenson von 1914 ab seine Knochen unter der Tricolore, dem Union Jack und dem Sternenbanner deutschen Granaten und Gewenkrugeln hin. Die siegreiche Rüstungsindustrie war undankbar, und die unterlegene glaubte sich nicht zu Dank ver-

pflichtet. Das Elsaß war zwar, als Stevenson geboren wurde, deutsch. Wie herrlich ist die Gelegenheit: die Revanche, die die kochende Volksseele Frankreich zugebracht hat, läßt sich auf so einfache Weise, wenigstens teilweise, an einem Proletarier Stevenson abregieren. Er, der Kämpfer für Frankreichs Sieg, mag jetzt büßen für das abgetretene Land im Westen! Die deutsche Botschaft lehnte es ab, Harry Stevenson die für die Deportation nötigen Papiere zu verabfolgen. Frankreich steht auf dem Standpunkt, daß das Geburtsland des selbstverständlich bedauernswerten Menschen am Tage seiner Geburt doch deutsch war, nicht wahr! Und wie sollte nun erst Kanada dazu kommen, für eine geschlechtliche Sünde eines seiner Bürger im Auslande zu büßen?

Es ist das größte Verbrechen in der Welt, keine Papiere zu haben, mit denen man sich ausweisen könnte. Was soll mit Harry Stevenson geschehen? Er hält sich illegal in USA auf, es läßt sich nicht im Handumdrehen ein Vorwand finden, der auch nur einen Schein des Rechts dazu böte, diesen Mann im Namen der Demokratie und der Freiheit und des Menschenrechts auf dem elektrischen Stuhl schmoren zu lassen.

Es gibt nur ein diskutables, menschenwürdiges Mittel: Harry Stevenson wird auf Lebenszeit in einer Deportationsstation eingesperrt. Daß er dort in wenigen Jahren im Namen Christi sterben wird, liegt selbstverständlich nicht an der Behandlung, dem Freiheitsentzug und der schlechten Ernährung, sondern lediglich an der Tatsache, daß kein Mensch unsterblich ist.

Herbert Duckstein.

Ernst Tolkendorf, ein Studierender des Technikums Frankenhäusen, und sein Begleiter, der Zahntechniker Reichardt aus Gera, waren sofort tot. Das Flugzeug ging vollkommen in Trümmer. Tolkendorf war einer der besten deutschen Jungflieger und bereits mit dem Silbernen Pilotenabzeichen ausgezeichnet. Den Führerschein besaß der 24-jährige seit 1928.

Paris, 11. April 1932.

Bei einem Geschwader-Übungsflug des 34. Fliegerregiments sind zwei Militärflugzeuge in der Luft zusammengestoßen und abgestürzt. Während drei Flieger mit dem Fallschirm abspringen und unbeschadet zu Boden gelangen konnten, wurde der vierte leblos unter den Trümmern seiner Maschine hervorgeholt. Die beiden Flugzeuge stürzten auf das Dach der Fliegerkaserne und wurden vollkommen zerstört.

Dynamit

New York, 11. April 1932.

In Springfield ereignete sich in einem dreistöckigen Mietshaus eine furchtbare Explosion. Die Erschütterung wurde in der ganzen Stadt gefühlt. Fünf Personen wurden getötet und 16 verwundet. Unter den Toten befinden sich vier Frauen, darunter die Gattin des Leiters der syrischen Kolonie in Springfield. Die Polizei führt die Explosion auf einen Dynamitanschlag zurück.

Kesselexplosion auf einem Dampfer

Paris, 11. April 1932.

Auf dem französischen Dampfer „Armand Bousseau“, der sich augenblicklich im Hafen von Saigon (Indochina) befindet, ereignete sich am Sonntagabend eine schwere Kesselexplosion, wodurch neun Matrosen getötet und fünf schwer verletzt wurden.

Cholera in Hankau

Moskau (über Kowno), 11. April 1932.

Nach einer Meldung aus Peking ist in Hankau eine Choleraepidemie ausgebrochen. Die Behörden haben keine Gegenmaßnahmen treffen können, weil es ihnen an Mitteln fehlt. Bis jetzt werden 32 Opfer gemeldet.

Bei der Silberhochzeit vom Sohn erstochen

Erfurt, 11. April 1932.

Bei einer Silberhochzeitsfeier in Erfurt ereignete sich ein blutiger Zwischenfall. Der Sohn des Silberbräutigams, der Arbeiter Reinhold Illhardt aus Erfurt, der schon lange mit seinem Vater in Unfrieden lebte, war von diesem trotzdem eingeladen worden in der Absicht, die Versöhnung herbeizuführen. Als der Sohn jedoch erneut Händel suchte, wurde er von den Gästen hinausgedrängt. Nach kurzer Zeit erschien er mit einem offenen Messer in der Hand wieder. Als sich ihm die Gäste entgegenstellten, stach er blindlings auf sie ein. Er traf seinen Vater, den Arbeiter Willi Illhardt aus Rockhausen in die Schiagader und verletzte ihn so schwer, daß er kurz nach seiner Überführung ins Krankenhaus starb. Der Täter wurde festgenommen.

Das Lindbergh-Baby

New York, 11. April 1932.

Oberst Lindbergh hat bestätigt, daß er den Entführern seines Kindes 50 000 Dollar gezahlt habe. Das Kind ist ihm jedoch wider Erwarten noch nicht zurückgegeben worden, obwohl er den Entführern mehrere Tage Zeit gelassen und keine Strafverfolgung zugesichert hatte. Lindbergh ist nunmehr gezwungen, die Hilfe der Bundesregierung in Anspruch zu nehmen. Das Schatzamt hat bereits die Nummern der Banknoten veröffentlicht, die Lindbergh bei der Zahlung ausgehändigt hatte. Es handelt sich jedoch um Banknoten über kleine Beträge, so daß das Auffinden der Entführer auf diesem Wege schwierig sein dürfte.

Die Polizei bestätigt die Erklärung Lindberghs über die Auszahlung des Lösegeldes an die Entführer seines Kindes. Die Polizei verhaftete in Brooklyn einen Mann, der früher Adjutant Al Capones gewesen sein soll. Die Polizei lehnt nähere Angaben über diese Angelegenheit ab.

Lindbergh hat den Entführern ein Ultimatum zugestellt, in dem er rücksichtslose Verfolgung mit allen Mitteln androht.

Rußland baut ein Luftschiff

Moskau, (über Kowno), 11. April 1932.

Das erste russische Luftschiff „U. K. 1“ ist am Sonntagabend zum ersten Probeflug von

34 Minuten aufgestiegen. Russische amtliche Stellen erklären, daß das Luftschiff in den nächsten Tagen noch mehrere Schauflüge unternehmen wird. Das Luftschiff ist nur aus russischem Material gebaut und technisch einwandfrei.

Überschwemmung in Südslawien

Belgrad, 11. April 1932.

Die Überschwemmungen in Südslawien nehmen immer größeren Umfang an. An der Save sind die Dämme an drei Stellen in einer Ausdehnung von mehreren Kilometern geborsten. 3000 Häuser stehen unter Wasser, die Zahl der Obdachlosen beträgt 15 000. Auch die Donau führt Hochwasser, so daß der Abfluß der Wassermassen von der Save in die Donau gehemmt ist. Schätzungsweise sind bereits mehrere hunderttausend Morgen bebauten und unbauten Landes überschwemmt. Am stärksten stauen sich die Fluten in der Nähe von Belgrad bei dem Zusammenfluß der Save und der Donau.

Flugzeugabstürze

Gera, 11. April 1932.

Am Sonntagabend gegen 18 Uhr ereignete sich auf dem Flugplatz Gera ein schweres Flugzeugunglück. Das Sportflugzeug D 1919 des Technikums Frankenhäusen am Kyffhäuser stürzte aus etwa 100 Meter ab. Der Führer



Denken Sie bitte einmal darüber nach!

Wer bezahlt die Zugaben?
Zuerst natürlich der Fabrikant und dann der Raucher! Wer sonst?

Warum hat nun die gute, seit 37 Jahren in der Gunst der Raucher stehende

JUNO

die keinerlei Gutscheine, Wertmarken oder Stickereien bringt, in Raucherkreisen sich trotzdem ihre Beliebtheit erhalten?

Weil sie volles Format und vollen Tabakwert gibt.



Katastrophales Wahlergebnis für die KPD

Thälmann-Wähler stimmen für Hitler

Thälmann hat beim zweiten Wahlgang 1,3 Millionen, d. h. rund ein Viertel seiner Stimmen vom 13. März verloren. Das muß in jeder Hinsicht als eine schwere Niederlage der KPD gewertet werden. Es wäre schon schlimm für die KPD, wenn dieser Verlust nur auf Wahlenthaltung zurückzuführen wäre, denn nach den Worten der „Roten Fahne“ vom 15. März waren „die fünf Millionen Thälmannwähler am 13. März der klassenbewußteste, zur Revolution entschlossene Teil des Proletariats.“ Wenn davon ein Viertel bei der zweiten Wahl ausreißt, obwohl die KPD-Führung dem zweiten Wahlgang mindestens dieselbe Bedeutung beimaß, wie dem ersten, so ist das ein schlimmes Zeichen für die „kommunistische Avantgarde.“

Noch schlimmer aber ist die Tatsache, daß ein erheblicher Teil der Thälmannwähler am 10. April ihre Stimme Hitler gaben. Das läßt sich trotz aller Ablehnungsversuche nicht bestreiten. Auch da, wo es sich nicht zahlenmäßig beweisen läßt, weisen die Abstimmungsergebnisse auf die Wahrscheinlichkeit dieser Abzweigung von KPD-Anhängern zu Hitler hin. Aber in einer ganzen Anzahl von Städten und Bezirken läßt sich das eindeutig beweisen, und zwar dadurch, daß Hitler am 10. April mehr Stimmen bekam, als er und Duestenberg am 13. März zusammen. Dafür nur einige gravierende Beispiele:

Im roten Wedding erhielt Hindenburg 98 398 (96 843), Hitler 49 616 (35 851) und Duestenberg 12 274, Thälmann 77 755 (90 693). Hitler hat also rund 1500 Stimmen mehr als Nazi und Stahlhelm am 13. März

zusammen erhalten. Da die KPD der einzige Verlierer (rund 13000 Stimmen) war, so ist ganz sicher, daß mindestens 1500 Thälmannwähler diesmal für Hitler stimmten.

Auf die gleiche Art erhielt Hitler im Berliner Bezirk Friedrichshain mindestens 1000, in Spandau 1000, in Neukölln 1000, in Pankow und Reinickendorf etwa 500 KPD-Stimmen.

Noch krasser tritt das in einigen Städten des Reiches in Erscheinung. In Frankfurt a/M. erhielt Hitler mit insgesamt 109 142 Stimmen 6500 mehr als er und Duestenberg am 13. 3. zusammen. Die KPD verlor hier 21 000.

So gewann Hitler an offensichtlichen KPD-Stimmen weiter in Leipzig 15 000, in Düsseldorf 5000, in Kiel 2400, in Nürnberg 3000, in Braunschweig 1500, in Königsberg 4000, in Essen 8000. Das sind nachweisbare KPD-Stimmen für Hitler. Alles spricht aber dafür daß ihre Zahl viel größer ist, denn es werden zahlreiche Duestenberg-Stimmen an Hindenburg gefallen sein, was in diesem Fall bedeutet, daß sich der Hitlerzuwachs noch viel stärker aus den KPD-Verlusten rekrutiert.

Diese Tatsachen sind so eindeutig erwiesen, daß sie selbst von der „Roten Fahne“ vom Montag früh nicht glatt abgestritten werden können. Sie schreibt: „Es ist der Partei gelungen, im wesentlichen (!) zu verhindern, daß größere Teile der KPD-Wähler für Hindenburg oder Hitler eingezogen werden konnten.“ Die kommunistische „Welt am Abend“ vom 11. 4. gibt es schon offener zu. Sie schreibt: „Es muß hier auch mit allem

Ernst festgestellt werden, daß eine, wenn auch sehr dünne Schicht, höchstens 5 Prozent der Gesamtsumme (!), welche der kommunistische Kandidat im zweiten Wahlgang verloren hat — sich so sehr verwirren ließen, daß sie, um eine Entscheidung zu beschleunigen, Hitler oder Hindenburg wählten.“

Tatsachen reden eine harte Sprache. Und es ist jetzt erwiesene Tatsache, daß die Politik der KPD-Führung die eigenen Anhänger so verwirrt, daß sie gegenüber dem „Hauptfeind“, den „Sozialfaschisten“ in Hitler nicht nur „das kleinere Übel“ sondern den indirekten Helfer und Vorbereiter der sozialen Revolution sehen. „Die SPD, der Sozialfaschismus ist der Hauptfeind — Hitler kann sich, wenn er die Macht übernimmt, nur kurze Zeit halten, dann folgt die große Revolution, dann kommen die SPD-Arbeiter zu uns.“ Dieser und ähnlicher Unsinn, der von prominenten Führern der KPD immer wieder verzapft wurde, hat seine Wirkung getan. Wie nicht anders zu erwarten war, hat sich diese, jeder Vernunft bare Politik der KPD jetzt katastrophal gegen sie selbst ausgewirkt und wird sich noch weiter auswirken.

Der gestrige Leitartikel der „Roten Fahne“ beweist jedoch, daß die KPD-Führung auch jetzt noch nicht begriffen. Kein Versuch einer wirklichen Erklärung der Niederlage, aber gleichzeitig in der ganzen Phrasologie eine Fortsetzung der bisherigen sturen Politik.

Um so rücksichtsloser müssen die revolutionären Arbeiter die Lehren ziehen und schon im jetzigen Länderwahlkampf zusammen mit der SAP kämpfen und die wirkliche revolutionäre Arbeiterfront schaffen.

Ein SAP-Flugblatt

Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre der SAP und KPD in Düsseldorf haben gemeinsam ein Flugblatt herausgegeben, was jedoch von der Polizei beanstandet worden ist. Der Anlaß hierzu wurde in dem folgenden Satz gefunden:

„Seit zwei Jahren waltet nun die Brüningdiktatur im Dienste des Monopolkapitals unbeschränkt.“

Gerade in diesen Tagen wird man auf gewisser Seite nicht müde, Preußen als den großen Hort der demokratischen Freiheit zu rühmen, aber wie es in Wirklichkeit um diese Freiheit bestellt wird, rückt soeben wieder das obige Verbot der Severing-Polizei ins Licht. Aber ist etwa die Brüning-Politik etwas anderes als eine Diktatur des Monopolkapitals? Stützt es nicht alle seine entscheidenden Maßnahmen auf dem Ausnahme-Artikel und hat nicht soeben ein Organ des Monopolkapitals, die „DAZ“, dem Reichspräsidenten Hindenburg ungerufen beschleunigt, daß er das System von Weimar „aus eigener Kraft überwunden“ habe? Strittig ist allenfalls höchstens die Frage, ob es sich um eine unbeschränkte oder eine beschränkte Diktatur handelt, doch darüber wird die Geschichte urteilen. Die Düsseldorfer Polizei kann hierzu nicht als zuständig anerkannt werden.

SPD-Landrat gegen SAP

Einen Vorgeschmack dafür, wie die SPD den Wahlkampf in Preußen zu führen gedankt, liefert ein Verfall in Bunzlau. Dort hatte die SAP-Ortsgruppe eine öffentliche Wahlerversammlung mit dem Gen. Eckstein als Redner zum 12. April einberufen. Als Thema hierfür war vorgesehen: „Neuer Lohnabbau und neue Notverordnung in Sicht“. Ein entsprechende Handzettel wurde von dem sozialdemokratischen Landrat Köhne mit folgender Begründung beanstandet:

„Der mit Schreiben vom 8. 4. M. eingesandte, anbei zurückfolgende Handzettel wird wegen der Bezeichnung des Vortrags mit „Neuer Lohnabbau und neue Notverordnung in Sicht“ zur Verbreitung nicht zugelassen.“

Dieses Verhalten des sozialdemokratischen Landrats Köhne ist eine ganz offene und bewußte Schikane gegen die sozialistische Arbeiter-Partei. Ueber das Thema, das Köhne beanstandet, hat Eckstein wiederum im Bezirk Breslau gesprochen, ohne daß jemand daran Anstoß nahm. Auch die Bunzlauer Polizei konnte keine unstattdeswegen-Abmahnung einer solchen Fassung des Themas entdecken. Das blieb bezeichnenderweise einem sozialdemokratischen Landrat vorbehalten.

Immerhin ist anzunehmen, daß die SAP in Bunzlau durch den Verfall in die Lage gekommen ist, „Neuer Lohnabbau und neue Notverordnung in Sicht“ den Wahlchancen seiner Partei sicher nicht günstig ist. Wie dem aber auch sei: auf alle Fälle handelt es sich hier um eine weitgehende Einengung der Wahlkampffreiheit und damit um die Beschränkung eines entscheidenden verfassungsmäßigen Rechtes, gegen die nicht scharf genug protestiert werden kann. Es ist charakteristisch, daß auch auf diesem Gebiet des Abbaus Sozialdemokraten mit den Mächten der finstersten Reaktion wetteifern.

Gäbel gesteht weiter

Im Sklarek-Prozess kam es heute zu einer dramatischen Episode, als der Vorsitzende plötzlich an den Angeklagten Gäbel die Frage richtete: „Wollen Sie jetzt den Bismarck-Mantel zugeben?“ Gäbel wich erst aus, der Vorsitzende hielt ihm aber vor: „Der Mantel ist ja beschlagnahmt worden und es würde vielleicht für Sie sehr unangenehm sein, wenn die Empfängerin hier als Zeugin erscheinen müßte. Gäbel gab hierauf den Empfang des Mantels zu, verzweigte aber darüber die Aussage, ob ihn die Dame empfangen hätte, die ihn nach Paris seinerzeit begleitet hatte.

Rechtsanwalt Dr. Kurtzig überreichte dem Gericht dann im weiteren Verlauf der Verhandlung eine schriftliche Erklärung, zu der Pelzangelegenheit, worin er betonte, daß der Angeklagte Gäbel diesen Punkt bisher als einzigen absichtlich dem Gericht mit Rücksicht auf seine Familie verschwiegen habe. Gäbel habe den Pelz durch Vermittlung von Max Sklarek für 400 Mark gekauft. Angeklagter Gäbel: „Ich habe die 400 Mark auch an Max Sklarek bezahlt.“ Vors.: „Das läßt sich ja jetzt schwer nachweisen. Der mitangeklagte Buchhalter Lehmann erklärt hierzu, daß er die 400 Mark nicht als Kasseneingang erhalten habe.“

In Bremen kam es am Sonntagnachmittag zu einem Zusammenstoß zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten. Ein Nazi schoß einen Reichsbannermann nieder; dieser war auf der Stelle tot.

In Hamburg kam es am Wahlsonntag zu blutigen Schießereien zwischen Nationalsozialisten und Arbeitern. Zwei Nationalsozialisten wurden erschossen.

Ein Schuß auf Dr. Luther

Attentat volkswirtschaftlicher Narren auf den Reichsbankpräsidenten

Berlin, 9. April 1932.

Auf dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther wurde am Sonnabend abend, als er nach Basel fahren wollte, auf dem Potsdamer Bahnhof von dem 34-jährigen Volkswirt Werner Kaertscher ein Schuß abgegeben, der durch den Rock ging und den Arm streifte, ohne Dr. Luther zu verletzen. Dr. Luther trat seine Fahrt trotz des Anschlags an. Der Attentäter, sowie der in seiner Begleitung befindliche Rechtsanwalt Dr. Roosen aus Hamburg, wurden festgenommen.

Beide sind Mitglieder der NSDAP gewesen, sind aber wegen politischer Meinungsverschiedenheiten vor einiger Zeit aus der Partei ausgetreten. Sie haben vor einiger Zeit eine Strafanzeige gegen Dr. Luther wegen Hochverrats, Schädigung des Volksvermögens, verschleierte Buchführung usw. eingereicht. Das Verfahren wurde aber von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Sie geben die Tat zu, wollen aber über die Beweggründe nur vor dem ordentlichen Richter aussagen.

Die beiden Verhafteten werden am Dienstag

vormittag dem Vernehmungsrichter vorgeführt werden, so daß sich die Entscheidung der Staatsanwaltschaft, ob gegen die beiden Attentäter lediglich Anklage wegen Körperverletzung und Vergehen gegen das Schußwaffengesetz oder gegen Kaertscher wegen versuchten Mordes und gegen Dr. Roosen wegen Anstiftung zum Mord erhoben wird, noch bis zum Mittwoch hinauszögern dürfte.

Dr. Roosen gehörte früher der Gefolgschaft Sylvius Geells an (Freihold, Freiwirtschaft, Freiboden), einer Gruppe von Phantasten, die mit der „Abschaffung“ des Geldes die Welt reformieren will. Offenbar handelt es sich bei beiden Attentätern um Fanatiker, die als nicht ganz normal anzusehen sind. Hätten sie am Sonntag den „Betriebsanwalt“ Winter wählen können, der bekanntlich die rotgezeichneten Tausendmarkscheine wieder aufwerten will, hätten sie vielleicht ein harmloseres Ventil für ihren überhitzten Fanatismus gefunden.

Mit Politik hat jedenfalls der ganze Vorgang nichts zu tun.

Justiz wahrt Nazi-Interessen

Strafandrohung gegen Beamte, die Befehle der Vorgesetzten ausführen

Emden, 9. April 1932.

Das Amtsgericht Emden hat am Sonnabend eine einstweilige Verfügung gegen den Landrat des Landkreises Emden, Bubert, erlassen, in der ihm bei Androhung einer Geldstrafe von 2000 Mark untersagt wird, weitere Beschlagnahmen der im hiesigen Kreise zur Verteilung gelangenden Zeitung „Freiheitskämpfer“ vorzunehmen. In den letzten Tagen waren Propagandaexemplare dieser Zeitung durch Landjäger im Kreise beschlagnahmt worden, weshalb die Bezirksleitung der NSDAP eine einstweilige Verfügung beantragt hatte.

Zu beachten ist dabei, daß der sozialdemokratische Landrat lediglich die Befehle des Oberpräsidenten ausführte. Wir sind also glücklich so weit, daß Beamte, die im Auftrag ihrer vorgesetzten Behörde handeln, mit Strafe bedroht werden, — wenn sie dabei den Nazis wehe tun. Das sind die „Machtpositionen“ der Sozialdemokratie! Dafür hat sie jahrelang Arbeiterinteressen über Arbeiterinteressen geopfert!

... aber der RFB bleibt verboten

Berlin, 10. April 1932.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hatte am 4. April 1932 für die Rheinprovinz gegen die NSDAP einschließlich der SA ein Uniformverbot angeordnet. Die NSDAP legte dagegen Beschwerde ein, weil sie in dem Erlaß des Oberpräsidenten der Rheinprovinz einen Verstoß gegen Artikel 109 der Reichsverfassung, nach dem alle Deutschen vor dem Gesetz gleich seien, erblickte. Der dritte Strafsenat des Reichsgerichts hat dieser Beschwerde der NSDAP stattgegeben und erklärt, daß der § 8

der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931, auf Grund welcher Verordnung das Verbot des Oberpräsidenten der Rheinprovinz erfolgt sei, nach seinem Wortlaut dahin ausgelegt werden müsse, daß er nur zu einem einheitlichen, allgemeinen, sich gleichmäßig gegen alle politischen Vereinigungen richtenden Vorgehen ermächtige. Nichts deutete in dieser Notverordnung darauf hin, daß eine Handhabung zum Einschreiten gegen eine einzelne politische Vereinigung geschafft werden solle. — —

Aber gegen das Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes hat das hohe Reichsgericht nichts einzuwenden.

Gehaltsabbau für Metallangestellte

TU. Berlin, 11. April 1932.

Wie der Gewerkschaftsbund der Angestellten mitteilt, hatten die heutigen Verhandlungen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller das Ergebnis, daß die Tarifgehälter für die Angestellten unverändert bis 31. Juli bestehen bleiben. Dagegen wird ab 1. Mai auf Grund des Kurzarbeitsabkommens der Abzug für Kurzarbeit von 10 vH auf 15 vH erhöht. Die Forderungen der Gewerkschaften nach Beibehaltung des Abzuges in Höhe von 10 vH sind abgelehnt worden.

Aus dieser Meldung geht hervor, daß die Gewerkschaftsvertreter in freier Vereinbarung diesen Abzug für kurzarbeitende Angestellte zugestimmt haben. Das kann nicht scharf genug verurteilt werden.

Barrikadenkampf in Südfrankreich

In Vienne in Südfrankreich kam es am Sonntag im Anschluß an eine kommunistische Kundgebung zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei, wobei es mehrere Verletzte gab. Die Kommunisten hatten in den Straßen Barrikaden errichtet und Drähte gespannt. Die Polizei wurde mit einem Hagel von Steinen und anderen Gegenständen empfangen. Mehrere Kommunisten versuchten, über die Dächer in das Gefängnis einzudringen, um dort in Haft befindliche Kameraden zu befreien. Erst nach Eintreffen von Verstärkungen gelang es, die Kommunisten auseinanderzutreiben.

Dem Bürgermeister der Stadt wurde die Polizeigewalt entzogen, weil er nicht brutal genug gegen die Arbeiter vorging.

Das Donauplanproblem auf der langen Bank

Genf, 11. April 1932.

Ueber die weitere Behandlung der Donaupläne in der zu Dienstag einberufenen außerordentlichen Sitzung des Völkerbundes, die unter dem Vorsitz des französischen Ministerpräsidenten stehen wird, sind gegenwärtig zwischen den Vertretern der Großmächte eingehende Besprechungen im Gange. Man erwartet, daß nach dem ergebnislosen Verlauf der Londoner Konferenz eine sachliche Prüfung der Donaupläne durch den Völkerbund selbst nicht stattfindet, sondern daß nach dem Londoner Verfahren ohne weitere sachliche Verhandlungen lediglich die vier europäischen Großmächte ersucht werden sollen, die eingeleitete Prüfung der Donaupläne weiter fortzusetzen.

Auf französischer Seite will man jedoch die französischen Donaupläne in der Weise weiterführen, daß zunächst die drei Mächte der Kleinen Entente und sodann die Dohaustaaten, mit Einschluß von Bulgarien, unter sich zu einer Stellungnahme gelangen sollen, und darauf die Großmächte die Weiterführung der Donaupläne in die Hand nehmen.

Noch kein Waffenstillstand in China

Die chinesisch-japanischen Waffenstillstandsverhandlungen sind auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Die Chinesen erwarten angeblich neue Anweisungen aus Nanking. — Weitere Meldungen berichten von neuen schweren Kämpfen um Sohngchal.

Japanischer Handelskrieg gegen Rußland

Die von Japan abhängige mandschurische Regierung Puji hat mehrere Verordnungen erlassen, in denen die Ausfuhr von Getreide nach Europa und USA vorzugsweise über den japanischen Hafen Dalren erfolgen soll. Dadurch wird der russische Hafen Wladiwostok stark geschädigt. Die russischen Behörden in Chargin haben gegen diesen Beschluß der Regierung Einspruch erhoben.

Gesamtwahlergebnis:

Wahlkreise	Hindenburg	Hitler	Thälmann
	10. 4. 32	13. 3. 32	10. 4. 32
1 Ostpreußen	546 391	509 883	493 176
2 Berlin	565 509	559 329	332 058
3 Potsdam II	581 201	566 070	415 362
4 Potsdam I	585 020	505 470	483 599
5 Frankfurt a. d. O.	442 299	409 484	420 891
6 Pommern	395 696	361 223	510 655
7 Breslau	568 218	541 871	461 150
8 Liegnitz	359 409	338 024	313 797
9 Oppeln	408 263	369 831	213 747
10 Magdeburg	491 195	471 107	413 513
11 Merseburg	304 867	286 780	351 748
12 Thüringen	555 371	497 822	582 888
13 Schleswig-Holstein	415 814	393 845	466 312
14 Weser-Ems	482 578	463 070	323 143
15 Osthannover	271 239	252 132	288 843
16 Südhannov.-Braunschw.	611 157	602 225	545 779
17 Westfalen-Nord	883 974	869 071	376 407
18 Westfalen-Süd	823 349	790 678	414 471
19 Hessen-Nassau	760 061	737 743	583 834
20 Köln-Aachen	817 559	819 871	244 204
21 Koblenz-Trier	441 207	420 510	195 916
22 Düsseldorf-Ost	594 824	594 113	388 720
23 Düsseldorf-West	575 275	564 402	299 303
24 Oberbayern-Schwaben	1 014 317	978 159	365 030
25 Niederbayern	501 581	472 899	158 400
26 Franken	824 639	811 480	621 168
27 Pfalz	287 166	282 578	219 777
28 Dresden-Bautzen	640 839	625 859	434 956
29 Leipzig	449 085	454 544	296 207
30 Chemnitz-Zwickau	445 023	410 335	557 464
31 Württemberg	897 891	850 461	416 529
32 Baden	737 798	720 430	439 765
33 Hessen-Darmstadt	434 630	427 840	313 429
34 Hamburg	441 144	446 054	238 689
35 Mecklenburg	260 053	245 537	236 530
Gesamt:	19 359 642	18 650 730	13 417 460
			11 339 285
			3 706 388
			4 983 197

Der Streik in Brück geht weiter

Brück, 11. April 1932.

Auf der am Sonntag in Brück abgehaltenen Bergarbeiterkonferenz wurde beschlossen, den Streik fortzusetzen. Unter der streikenden Arbeiterschaft herrscht Erregung darüber, daß auf einigen Staatsgruben Militärabteilungen Kohlen für die Militärbäckerei verladen haben. Auf einigen Privatschächten wurden am Sonnabend Kohlen unter dem Schutze der Gendarmerie verladen. Die Streikenden wurden von den Bergwerksbesitzern zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert und mit Entlassung bedroht, wenn sie sich am Montag nicht einfinden sollten. Da der Bergarbeiterstreik in Mährisch-Ostau endgültig beigelegt ist, so wird es den heldenhaft kämpfenden Bergarbeitern in Brück doppelt schwer fallen, den Sieg zu erzwingen. Der ungebrochene Kampfwille kommt jedoch darin zum Ausdruck, daß trotz aller reformistischen Sabotage und altem Terror der Staatsorgane, die Streikfront nach wie vor geschlossen steht.

Bankskandale am laufenden Band

TU. Paris, 10. April 1932.

Der Pariser Bankier Robert, der wegen Unterschlagungen in Höhe von etwa 20 Millionen Franken vor einigen Tagen verhaftet wurde, hat bereits Schule gemacht. Auf Grund zahlreicher Beschwerden sah sich die Polizei gezwungen, gegen einen anderen Bankier, Lafaille, vorzugehen, der im Zentrum der Stadt ein Bankhaus unterhielt. Eine genaue Nachprüfung der Bücher ergab Unregelmäßigkeiten in Höhe von 30 Millionen Franken. Als Lafaille am Sonnabend vor den Untersuchungsrichter geladen wurde, entschuldigte er sich durch Attest. Der Untersuchungsrichter, der die Vernehmung daraufhin in seiner Wohnung vornehmen wollte, fand jedoch die Türen verschlossen und mußte zu seiner Ueberraschung die Feststellung machen, daß Lafaille schon am Freitag mit seiner Frau geflohen war. Man befürchtet, daß er bereits die Grenze überschritten hat.

Sie drücken sich vor der Verantwortung

TU. Berlin, 11. April 1932.

Entgegen anderslautenden Nachrichten, die von einer allgemeinen Konferenz von Reichsregierung, Schlichtern, Arbeitnehmern und Arbeitgebern wissen wollen, wird von maßgebender Stelle darauf hingewiesen, daß am 15. April nur eine der üblichen Besprechungen des Reichsarbeitsministeriums mit den Schlichtern stattfindet, bei der diese ihre Richtlinien bekommen. Vorher finden im Reichsarbeitsministerium noch Besprechungen der zuständigen Fachbearbeiter mit Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen statt, um auch deren Auffassung zu den verschiedenen Fragen kennen zu lernen, und entsprechend die Richtlinien für die Schlichter auszuarbeiten. Diese offizielle Meldung soll offensichtlich die Dinge vertuschen und die mit Stegerwald verhandelnden Gewerkschaftsführer in der Öffentlichkeit als Unschuldslämmer erscheinen lassen, wenn der neue große Lohnabbau kommt. Das sind alles Floskeln. Die Schuld der Gewerkschaftsführung kann nicht abgestritten werden, wenn sie weiteren Lohnraub kampfflos hinnehmen.

Russisch-polnischer Grenzvertrag unterzeichnet. Wie amtlich mitgeteilt wird, wurde im Außenkommissariat ein Vertrag mit Polen unterzeichnet, der die gegenseitigen Rechte an der russisch-polnischen Grenze regelt. Der Vertrag bedarf noch der Ratifizierung.

Traurige Folgen der RGO-Politik

Der „rote“ Agfa-Betriebsrat in der reformistischen Front

Der zum Chemietrust gehörende Agfa-Betrieb Berlin-Treptow war seit mehr als zehn Jahren eine kommunistische Hochburg. Vor Einführung der RGO-Politik war der gesamte freigewerkschaftliche Betriebsrat kommunistisch und auch die Belegschaft fast restlos freigew. organisiert. Die geschlossene, revolutionär eingestellte Belegschaft hat in allen Kämpfen ihren Mann gestanden und sich gegenüber dem Unternehmertum allerlei Vorteile errungen.

Anders wurde es mit der Einführung der RGO-Taktik. Da mußte auch in der Agfa eine „rote“ Liste aufgestellt und so die gewerkschaftliche Einheit zerschlagen werden. Die „roten“ Betriebsräte und Kandidaten wurden aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Kube, der langjährige „rote“ Betriebsratsvorsitzende, machte diesen ultralinken Kurs bisher immer mit. Als strammer „Linientreuer“ wettete er gegen alle „Renegaten“. Er wurde deshalb von der KPD-Führung auch als Musterbetriebsarbeiter ins Stadtparlament geschickt.

Nun meldete vor einigen Tagen die „Rote Fahne“ den Ausschluß Kubes aus der KPD. Und im „Vorwärts“ konnte man zwei Tage später lesen, daß Kube an der Spitze seiner „Hammerschaft“ bei der Kundgebung der Eisernen Front im Lustgarten aufmarschieren wird. Also von der KPD-„Linie“ direkt zur SPD und „eisernen Front“.

Was ist die tiefere Ursache dieses Wechsels? Die RGO- und KPD-Strategen im Karl-Liebknecht-Haus haben von Kube in der roten Agfa-Belegschaft immer unmöglichere Taten verlangt. Sie sollten gegen Massenentlassungen den Streik erklären. Alle Hinweise Kubes und anderer kommunistischer Funktionäre, daß ein Betriebsstreik unter diesen Umständen unmöglich sei und zur sicheren Niederlage führen müßte, nützten nichts. Die RGO-Bürokratie verlangte Streik. So kam Kube in Konflikt mit der SPD-Führung und, der bisher allen ultralinken Unsinn gegen seine Ueberzeugung mitmachte, fiel jetzt gleich in den andern, den reformistischen

Straßengraben. Er legte sein Stadtverordnetenmandat nieder und wurde nun zum reformistischen Exponenten.

Die KPD versuchte die Belegschaft gegen Kube mobil zu machen. Doch das gelang nicht. Nur 37 von der 700 Mann zählenden Belegschaft kamen in die „Betriebsversammlung“, wo — nach der R.F. — feierlichst die „Absetzung Kubes beschlossen“ wurde. Auch die Mehrheit der übrigen 8 RGO-Betriebsräte stellte jetzt zusammen mit den 2 SPD-Betriebsräten ein Vertrauensvotum für Kube aus.

Das bedeutet praktisch, daß der Agfa-Betrieb für die KPD verloren und zu einer Domäne des Reformismus geworden ist. Wir sind weit entfernt, Kube zu verteidigen. Er hat sich nach der ultralinken wie jetzt nach der reformistischen Seite als schwach und opportunistisch erwiesen. Aber es ist anzunehmen, daß er unter richtiger kommunistischer Führung als guter revolutionärer Arbeiter in der Front des Klassenkampfes geblieben wäre.

Die alleinige Schuld an seinem Verlust wie an dem der ganzen Agfa-Belegschaft trägt die KPD-Führung mit ihrem RGO-Kurs. Agfa ist ein Musterbeispiel dafür, wie ultralinken Unsinns die Arbeiterschaft zersplittert, revolutionäre Arbeiter vom Kommunismus abstößt und sie dem Reformismus in die Arme treibt. Darum Schluß mit der RGO-Politik, sie ist in der Wirkung konterrevolutionär.

634 908 Arbeitslose in der Tschechoslowakei

Prag, 9. April 1932.

Wie das Fürsorgeministerium mitteilt, beträgt die Zahl der Arbeitslosen in der Tschechoslowakischen Republik, d. i. die Zahl derjenigen Arbeitssuchenden, die von den Arbeitsvermittlungsanstalten nicht untergebracht werden konnten, Ende März d. J. nach den vorläufigen Ergebnissen 634 908 (Ende Februar nach den definitiven Ergebnissen 681 736).

Konflikt in den Brauereien

Zurücknahme der Kündigungen

Wie wir berichteten, haben die Berliner Brauereien bei ihrem Versuch, die Fünftagewoche zu durchbrechen, nicht nur den Tarif, sondern auch sämtliche Arbeitern das Arbeitsverhältnis zum 12. April gekündigt. Die dadurch hervorgerufene Empörung und Kampf Stimmung bei den Arbeitern hat es den Brauereibesitzern geraten erscheinen lassen, etwas zurückzuhupen. Die beiden größten Berliner Brauereien, Schultheiß-Patzenhofer wie auch Böttzow, haben die Kündigung ihrer Arbeiter zurückgenommen.

Damit ist aber der Kern der Sache, d. h. die Aufrechterhaltung der Fünftagewoche, noch nicht erledigt. Darüber soll in der Verhandlung zwischen den Parteien am Montag entschieden werden. Die Brauereiarbeiter tun daher gut daran, sich in Kampfbereitschaft zu halten, um jede Art von Verschlechterung zu verhindern.

Quittung für die KPD.

Erwerbslose gegen die Zertrümmerung der Einheitsfront

In Schneeberg im Erzgebirge nahm eine stark besuchte Erwerbslosenversammlung, die vom Erwerbslosenrat einberufen worden war, mit großer Mehrheit folgende Entschliebung an:

Wirtschaftliche und politische Reaktion verpflichten die Erwerbslosen zur aktiven Teilnahme am revolutionären Klassenkampf.

Der Kapitalismus hat die Grenze seiner Entfaltung erreicht und befindet sich in der Periode des Niederganges, einer Periode erbitterter Kämpfe.

Die herrschende Klasse bemüht sich, die unüberbrückbaren Widersprüche des kapitalistischen Systems mit Hilfe des kapitalistischen Staates (Polizei, Wehrmacht, Justiz) und der Hitlergardisten zu überwinden. Demgegenüber sieht die revolutionäre Arbeiterschaft in der endgültigen Beseitigung des Kapitalismus und der Aufrichtung des Sozialismus die Ueberwindung des kapitalistischen Massenelends.

Sammlung aller revolutionären Arbeiter,

ungeachtet ihrer sozialen Stellung und parteipolitischen Einstellung, ist das Gebot der Stunde.

Die Erwerbslosen lehnen daher Parteiaktionen ab, stattdessen fordern sie Auslösung von Massenaktionen unter Führung revolutionärer Räte.

Die versammelten Erwerbslosen mißbilligen aufs schärfste, daß aus parteiegoistischen Erwägungen der KPD, die in Schneeberg geschaffene Einheitsfront zertrümmert wurde. Sie geloben, die Organisationen, die die Einheitsfrontarbeit im bisherigen Sinne fortsetzen, mit allen Kräften zu unterstützen.

Bemerkenswert ist, daß für diese Entschliebung auch eine große Anzahl Erwerbslose stimmten, die der kommunistischen Partei angehören, aber vernünftig genug sind, den arbeiterfeindlichen Kurs der KPD-Zentrale, der sich in der Zertrümmerung der Einheitsfrontausschüsse ausdrückt, zu erkennen.